

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 22.02.2023

Gremium:

Rat der Stadt

Sitzungsdatum:

09.02.2023

Sitzungsart:

öffentlich

zu TOP 3.9

Dortmunder Wasserstoffstrategie

Zusatz- /Ergänzungsantrag zum TOP (CDU-Fraktion)

(Drucksache Nr.: 26667-22-E2)

Dem Rat der Stadt lang in der Sitzung am 15.12.22 (TOP 3.34) folgende Bitte um Stellungnahme der CDU-Fraktion (Drucksache Nr.: 26667-22) vor:

„... der Rat der Stadt Dortmund hat die Verwaltung zuletzt in seiner Sitzung am 18.11.2021 aufgefordert, den politischen Gremien eine nachhaltige Wasserstoffstrategie im vierten Quartal 2021 vorzulegen (Drucksache Nr.: 21510-21).

Seitdem haben zwei Wasserstoffkonferenzen stattgefunden, mit dem Ergebnis des Zustandekommens einer Kooperationsvereinbarung mit der Stadt Hamm und dem Kreis Unna als Ausgangspunkt für eine „Wasserstoffallianz Westfalen“. Als weitere Grundlagen für die Dortmunder Wasserstoffstrategie wurde von der Verwaltung auf die Projekte „Cleanport“ und „Energiecampus“ verwiesen sowie auf das „Handlungsprogramm Klima Luft 2030“ und den „Masterplan Energiezukunft“ (Drucksache Nr.: 16968-20-E1). Eine politische Befassung mit der Thematik sollte erfolgen, wenn die Rückmeldung zur Projektskizze vorliegt, mit der sich die Stadt in dem vom Bund initiierten Wettbewerb „HyLand – Wasserstoffregionen in Deutschland“ in der Kategorie „HyExperts“ eingebracht und um Förderung beworben hat (Drucksache Nr.: 20680-21-E1).

Vor all diesen Hintergründen erbittet die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund bis zur nächsten Ratssitzung am 9. Februar 2023 einen aktuellen Bericht zum Stand der vom Rat beauftragten „Dortmunder Wasserstoffstrategie“.“

Dem Rat der Stadt liegt nachfolgende Stellungnahme der Verwaltung vom 26.01.23 (Drucksache Nr.: 26667-22-E1) vor:

„... die o.g. Anfrage beantworte ich wie folgt:

Der Themenbereich Wasserstoff wird an mehreren Stellen innerhalb der Verwaltung bearbeitet und in Strategiedokumenten benannt. Perspektiven für den Einsatz von Wasserstoff als Energieträger werden sowohl im Masterplan Energiezukunft (DS-Nr. 23396-22) als auch im Handlungsprogramm Klima-Luft 2030 (DS-Nr. 22397-21) aufgezeigt. Darüber hinaus beschäftigt sich FB1/GBII in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung Dortmund mit der Erarbeitung einer übergreifenden Strategie. Dazu haben bislang folgende wesentliche Aktivitäten stattgefunden:

- *HyExperts Antrag*

Im Juni 2021 wurde ein Förderantrag für das Programm „HyLand – Wasserstoffregionen in Deutschland“ des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr in der Kategorie „HyExperts“ gestellt. Leider war dieser Antrag für Dortmund nicht erfolgreich, sodass dieser Ansatz nicht weiter verfolgt werden konnte. Im Verlauf der Antragserstellung konnten jedoch zahlreiche Partner*innen für das Netzwerk akquiriert werden, die auch an zukünftigen Projekten beteiligt sein können.

- *Dortmunder Wasserstoffkonferenz*

Die „Dortmunder Wasserstoffkonferenz“ fand zum ersten Mal am 24.11.2021 statt und wurde aufgrund des Erfolgs des Formats am 24.11.2022 wiederholt. Bei der Konferenz werden regionale Akteure aus allen Bereichen der Wertschöpfungskette zusammengebracht und der gegenseitige Austausch angeregt. Ziel ist es, ein Netzwerk für Kooperationen und Projekte aufzubauen sowie einen Austausch über die damit in Verbindung stehenden Herausforderungen zu etablieren. Die Zusammenarbeit mit der Stadt Hamm und dem Kreis Unna hat zu einer zunehmenden Ausrichtung der Konferenz in Richtung Westfalen geführt. Das

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Veranstaltungsformat soll daher künftig unter dem Namen „Westfälische Wasserstoffkonferenz“ fortgeführt werden.

- Kooperationsvereinbarung mit Hamm & Unna

Die Städte Dortmund und Hamm sowie der Kreis Unna verbindet seit Jahrhunderten weit mehr als eine rein geografische Nachbarschaft. Enge Kultur-, Wirtschafts- und Infrastrukturbeziehungen, die sich auf Mikroebene beständig weiterentwickeln, sowie ausgeprägte Pendler-Bewegungen spiegeln auch heute den engen realen Verflechtungsgrad im westfälischen Ruhrgebiet wider. Auf dieser Mikroebene zählen keine kommunalen Grenzen – gelebt und gearbeitet wird in Funktionsräumen. Dieser Zusammenhang gilt auch für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft, bei der gegenseitig von den jeweiligen Stärken der Partner profitiert werden kann.

Um die Zusammenarbeit der Städte Dortmund und Hamm, des Kreises Unna sowie der Wasserstoffallianz Westfalen zu unterstreichen, wurde eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Ziel ist es, einen strategischen Rahmen abzustecken und somit eine abgestimmte und transparente Arbeitsgrundlage für zukünftige gemeinsame Wasserstoffprojekte zu legen. Die Kooperationsvereinbarung versteht sich dabei als allgemeines Dokument, das auch von Dritten an geeigneter Stelle (z.B. zur Untermauerung von Förderprojekten) verwendet werden kann, sowie als Inspiration und Motivation zur gemeinsamen Zukunftsgestaltung. Neben dem Aufbau der Wasserstoffwirtschaft ist eine zweite wichtige Säule der vereinbarten Kooperation die Etablierung einer neuen multimodalen und innovativen Logistik-Drehscheibe.

- H₂-Klimaschutznetzwerk Ruhr des RVR

Der Regionalverband Ruhr hat im Januar 2022 im Rahmen der Nationalen Klimaschutzoffensive beim Bundesumweltministerium einen Förderantrag für ein „H₂-Klimaschutznetzwerk Ruhr“ gestellt. Der Vorteil des Netzwerkes für die Kommunen umfasst einen viertel-jährlichen Austausch mit den anderen Kommunen und dem Netzwerkmanagement über aktuelle Entwicklungen zu Wasserstoff-Themen in der Metropole Ruhr und die Nutzung eines IT-Tools, mit dem die erreichte Treibhausgasreduzierung sichtbar gemacht werden kann. Darüber hinaus berät das Netzwerkmanagement zu investiven Fördermöglichkeiten und vernetzt kommunal übergreifende Projekte und Initiativen.

Der Antrag wurde seitens der Stadt Dortmund mit einer Absichtserklärung unterstützt. Nach der positiven Rückmeldung seitens des Bundesumweltministeriums ist das Netzwerk gestartet und die Stadt Dortmund dem Netzwerk zusammen mit allen weiteren Kommunen der Metropole Ruhr offiziell beigetreten. Dazu fand am 08.11.22 eine Auftaktveranstaltung beim Regionalverband Ruhr in Essen statt.

- H₂-Betankungsinfrastruktur

Zurzeit gibt es in Dortmund eine Wasserstofftankstelle in der Schützenstr. 2-4. Seitens möglicher Betreiber von Wasserstofftankstellen besteht darüber hinaus Interesse, weitere Betankungsmöglichkeiten – auch für den Schwerlastverkehr – in Dortmund zu errichten. Dazu sind FB1/GBII sowie die Wirtschaftsförderung in Gesprächen mit den entsprechenden Unternehmen.

- Wasserstoff-Regionalanalyse

Für die Erarbeitung einer Wasserstoffstrategie ist es erforderlich, zunächst die lokalen Gegebenheiten zu erfassen. Dazu wurde zwischen August bis Dezember 2022 von FB1/GBII eine Studie in Auftrag gegeben und betreut, welche die lokalen Potentiale für die Wasserstoffherzeugung sowie den Import von Wasserstoff dem zu erwartenden Verbrauch gegenüber stellt. Darüber hinaus wurden über eine Unternehmensumfrage Anknüpfungspunkte für Dortmunder Unternehmen an der Wasserstoff-Wertschöpfungskette identifiziert.

Die Zahlen aus der Studie bestätigen die bisherige Annahme, dass die regionalen Potentiale für die Erzeugung von grünem Wasserstoff sehr begrenzt sind und Dortmund seinen künftigen Bedarf in erster Linie über Importe decken muss. Der Gesamtbedarf in der Stadt Dortmund wird in der Studie mit rund 95.000 Tonnen Wasserstoff pro Jahr beziffert, wovon ein wesentlicher Anteil (57.000 t/a) auf die Industrie entfällt.

Der vollständige Abschlussbericht der Studie befindet sich im Anhang dieser Stellungnahme.

- Großprojekte

Durch die Großprojekte „CleanPort“ (DS-Nr.: 00836-15 - Errichtung des CleanPorts und 23827-22 Weiterentwicklung CleanPort) und „Energiecampus“ (DS-Nr. 19970-21 - Energiecampus: Vorstellung des Konzeptes) mit deren Umsetzung das Sondervermögen Verpachtung

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Technologiezentrum Dortmund beauftragt ist, werden wesentliche Impulse für den Standort gesetzt. Beide Projekte bilden dabei eine Symbiose entlang der Wertschöpfungskette: Während der „CleanPort“ als industrieller Standort die Technologieentwicklung zur Erzeugung, Transport, Speicherung und Anwendung von Wasserstoff in Industrie und Mobilität fokussiert, liefern Forschung und Entwicklung auf dem Energiecampus den technologischen Fortschritt entlang der Wertschöpfungskette im Bereich der Energiewirtschaft und Wasserstoff. Aus diesem Grund sollen beide Projekte gleichermaßen vorangetrieben werden, um größtmögliche Synergieeffekte zu erzielen und für Dortmund und die Region einen Wettbewerbsvorteil zu schaffen.

Als Technologiestandort wird Dortmund voraussichtlich vor allem auf die Forschung und Entwicklung von Wasserstofftechnologien sowie auf die am Standort in Wirtschaft und Wissenschaft vorhandene Energiesystemkompetenz setzen, um so Teil der Wertschöpfungskette zu sein und sich zu einer Zulieferregion für die Wasserstoffwirtschaft zu entwickeln. Die durchgeführte Studie sowie die stattgefundenen Wasserstoffkonferenzen haben gezeigt, dass bei Dortmunder Unternehmen in umfangreichem Maße Anknüpfungspunkte an Bereiche der Wasserstoffwertschöpfungskette bestehen. Hier besteht ein großes Potential für den Wirtschafts- und Technologiestandort Dortmund, dessen Entwicklung die Stadtverwaltung durch entsprechende Maßnahmen unterstützen muss.

Von einer lokalen, großskaligen Produktion von Wasserstoff wird aufgrund eines mangelnden Potentials zur Produktion von regenerativem Strom weiterhin abgesehen. Die Errichtung sowie der Betrieb von Anlagen im Pilotmaßstab können dagegen einen Beitrag für die Entwicklung von Technologie, Regulatorik und Akzeptanz leisten. Eine frühzeitige Etablierung von Wasserstoffverbrauchern im Stadtgebiet kann dazu führen, dass der Standort Dortmund frühzeitig bei Maßnahmen zur Beschaffung von Wasserstoff, wie dem Pipeline-Bau, berücksichtigt wird. Es wird daher angestrebt, weitere Projekte mit Wasserstoffbezug in Dortmund zu realisieren.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es noch schwer abzusehen, welchen Anteil der Energieträger Wasserstoff in den verschiedenen Sektoren tatsächlich einnehmen wird. Während es in vielen industriellen Bereichen nur wenige Alternativen für die Dekarbonisierung gibt, sind im Verkehrs- und Wärmesektor auch andere vielversprechende Optionen wie die Wärmepumpe oder die batterieelektrische Mobilität vorhanden. Hier muss sich in den kommenden Jahren zeigen, welchen Marktanteil die jeweiligen Technologien langfristig übernehmen.

Wegen vieler Unabwägbarkeiten wird FB1/GBII den politischen Gremien im Laufe des Jahres 2023 ein Strategiedokument vorlegen, welches fortlaufend an die aktuellen Entwicklungen angepasst werden soll.“

Außerdem liegt dem Rat der Stadt folgender Zusatz-/Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.02.2023 (Drucksache Nr.: 26667-22-E2) vor:

„... die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund stellt zum oben genannten Tagesordnungspunkt den nachfolgenden Antrag und bittet um dessen Beratung und Beschlussfassung in der Sitzung des Rates am 9. Februar 2023:

Wasserstoff gilt als Zukunftstechnologie auf dem Weg zu einer nachhaltigen, klimaschonenden Energieversorgung. Viele Regionen wetteifern aktuell bei dem Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft. Die Stadt Dortmund sollte dieser Entwicklung nicht hinterherschauen, sondern die Potenziale der Wasserstoffwirtschaft am Standort Dortmund aktiv erschließen. Der Dortmunder Hafen als Industrie- und Logistikstandort und als Verkehrsdrehscheibe könnte hierbei eine wichtige Rolle einnehmen.

1. Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung, unter Einschluss der Projekte „CleanPort“ und „Energiecampus“ gemeinsam mit der Dortmunder Hafen AG und DSW21 ein Konzept für die Entwicklung des Dortmunder Hafens zu einem umfassenden Wasserstoff-Hub vorzulegen. Der Dortmund Hafen soll zu einem überregionalen Knotenpunkt entlang der gesamten Wertschöpfungskette werden, von der Forschung und Entwicklung von Wasserstofftechnologien bis hin zur Schaffung der Infrastruktur für Produktion, Import, Transport und Endnutzung bzw. Anwendung von Wasserstoff.
2. Im Rahmen der Konzepterstellung sind
 - der Anschluss Dortmunds an Wasserstoffversorgungsnetze (z. B. via Pipeline),

Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

- die Erschließung von Wasserstoffquellen und
- der Aufbau eigener Wasserstofferzeugungskapazitäten

zu prüfen. Ziel muss sein, dass Dortmund an ein Wasserstoffversorgungsnetz angeschlossen ist. Ferner muss Dortmund Zugang zu Wasserstoffquellen erhalten und über eigene Wasserstofferzeugungskapazitäten verfügen. Hierbei muss die Erzeugung nicht zwingend in Dortmund stattfinden. Die Frage des Aufbaus eigener Erzeugungskapazitäten ist gemeinsam mit dem DSW21-Konzern einer Lösung zuzuführen.

3. Die nordrhein-westfälische Landesregierung unterstützt im Projekt „RH₂INE“ die Entwicklung eines Wasserstoff-Versorgungskonzepts für Binnenschiffe. Die Verwaltung wird gebeten, die Ansiedlung eines solchen Pilotprojekts für Binnenschifffahrt mit Wasserstoffantrieb am Standort Dortmund zu prüfen.
4. Das Konzept für den „Wasserstoff-Hub Dortmund“ ist den zuständigen politischen Gremien im dritten Quartal 2023 vorzulegen.
5. Die Verwaltung wird gebeten, die im Rahmen der letzten Dortmunder Wasserstoffkonferenz mit der Stadt Hamm und dem Kreis Unna geschlossene Kooperationsvereinbarung zur „Wasserstoffallianz Westfalen“ dem Rat der Stadt Dortmund zur nächsten Sitzung vorzulegen.“

Rm Reppin (CDU) erklärt, seine Fraktion habe den Antrag als Folge der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung erst kurzfristig stellen können. Besonders unter dem Aspekt, dass in Dortmund künftig der Wasserstoffbedarf steigen wird, hält er eine Befassung für unabdingbar. Der Antrag soll in den Fachausschüssen bearbeitet werden.

OB Westphal fasst zusammen, dass der Antrag also als eingebracht anzusehen ist, ein Beschluss jedoch heute nicht zu fassen ist.

Rm Kowalewski (Die Linke+) wünscht bald eine gebündelte Darstellung der Einzelmaßnahmen der unterschiedlichen Agierenden zum Thema Wasserstoff in Dortmund.

OB Westphal nennt die Westfälische Wasserstoffallianz als Bindeglied. Über diesen Weg soll eine kompakte Zusammenstellung erfolgen.

Rm Rudolf nimmt für die SPD-Fraktion den vorliegenden Antrag wohlwollend zu Kenntnis und schlägt die Beratung in den Ausschüssen für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen (AKUSW), für Mobilität, Infrastruktur und Grün (AMIG) und für Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung (AWBEWF) vor.

Rm Kauch (FDP/Bürgerliste) sieht hier ein Beteiligungsthema berührt, somit wäre der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften (AFBL) zu einzubeziehen.

Der Rat der Stadt nimmt die Stellungnahme der Verwaltung vom 26.01.23 (Drucksache Nr.: 26667-22-E1) zur Kenntnis.

Der Rat der Stadt überweist den Zusatz-/Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.02.23 (Drucksache Nr.: 26667-22-E2) zur weiteren Beratung in die Ausschüsse AKUSW, AMIG, AWBEWF und AFBL.